



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

456 (9.10.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193744)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. 1,70 für Ferngebiete u. Einzelstücke 2,00. Postung vierteljährlich 4,20 ohne Postgebühren. Einz. Nummern 20 Hg. 1/20 Berlin (Korrespondenz) Postfach 10000, Berlin, S. W. 1, Nr. 2017. Postgebühren a. V. —
Verlags-Gesellschaft in Mannheim: Redaktions- u. Geschäftsstelle: 7940 — 7946.
Verlags-Gesellschaft in Mannheim: General-Anzeiger Mannheim.

Badische Neuere Nachrichten

Anzeigenpreis: 1 Spalte, 10 Zeilen 1,50 RM, mehr 2.— RM. Großanzeigen u. Inserate 20% Zuschlag. 1 Spalte, 10 Zeilen 1,50 RM, mehr 2.— RM. Großanzeigen u. Inserate 20% Zuschlag. 1 Spalte, 10 Zeilen 1,50 RM, mehr 2.— RM. Großanzeigen u. Inserate 20% Zuschlag. 1 Spalte, 10 Zeilen 1,50 RM, mehr 2.— RM. Großanzeigen u. Inserate 20% Zuschlag.

Der Kampf um die Sozialisierung.

Reichsminister v. Kaumer hat, wie im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, die Stellung der Regierung zur Sozialisierungsfrage klargestellt. Um diese war beinahe in den letzten Tagen ein recht lebhafter Streit entbrannt. Die Regierung ist im Einklang mit dem Reichswirtschaftsrat der Ansicht, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen ist unter gleichzeitiger Heranziehung der Bergarbeiter und Angestellten als mitverantwortlicher Träger dieser Wirtschaft. Nach Auffassung der Regierung werden sich Art und Form der Sozialisierung aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Kohlenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Die Regierung wird einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Bergbaues vorlegen, aber dieser Entwurf wird sich nicht mit den Beschlüssen der Sozialisierungskommission identifizieren, kann es gar nicht, da es mehrere Vorschläge gibt. Es wird eine durchaus selbständige Vorlage sein. Es ist versucht worden, auf Grund der Weimarer Verträge der Deutschen Volkspartei einen Gegensatz zwischen den aus dieser Partei hervorgegangenen Ministern zu dem Gesamtkabinett zu konstruieren. Herr von Kaumer erklärt das für verfehlt. Die Verträge sagen im wesentlichen lediglich folgendes:

1. Die Fraktion steht auf dem Boden der Regierungserklärung vom 5. August d. J.
 2. Es darf nur sozialisiert werden, wenn die Sozialisierung wirtschaftlich fördernd wirkt.
 3. Die Fraktion ist bereit, jede produktionsfördernde Arbeit zu unterstützen. Sie tritt mit positiven Vorschlägen hervor, sobald die Vorlage der Regierung vorliegt.
- Diese Verträge bringen die aus der Deutschen Volkspartei hervorgegangenen Minister nach Ueberzeugung des Kabinetts in keinen Gegensatz zu dem Kabinettsbeschluss. Das Kabinett steht auch heute noch wie vor auf dem Boden der Erklärung vom 5. August und seines Beschlusses vom 22. September.

Das in nochmaliger Zusammenfassung die bedeutsame Regierungserklärung. Das Kabinett wird also bei allen ihren weiteren Schritten in der Sozialisierungsfrage den Gesichtspunkt der Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen. Keine Sozialisierung ohne Garantie für höchstmögliche Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues. Wir sind gespannt, welche Aufnahme diese klaren Richtlinien im sozialdemokratischen Lager finden werden. Nach mancherlei Nachrichten scheint es ja, daß die vereinigten sozialistischen Parteien den Kampf um die Sozialisierung in den Mittelpunkt ihrer Aktion zum Sturz des bürgerlichen Kabinetts stellen wollen. Es wird berichtet, die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen hätten die Absicht, der Regierung keine Gesetze und Entnahmen mehr zu bewilligen, solange die Sozialisierung nicht in Angriff genommen sei.

Es ist ja mehr als wahrscheinlich, daß die sozialistischen Parteien im kommenden Parlamentarismus den Versuch machen werden, das Kabinett zu stürzen und die Macht wieder an sich zu reißen. Im „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen Herr Scheidemann wieder einmal sehr hohe Töne angeschlagen und die Behauptung aufgestellt, die Regierung lebe nur so lange, als die Sozialdemokratie es gestatte. Es gibt auch sonstige Anzeichen genug, daß der Versuch unternommen werden wird, Deutschland endlich mit der unerschrockenen und unverwundlichen sozialistischen Republik zu beglücken. Und das mag es schon sein, daß die Sozialisierung die neue aufreizende Idee sein wird, um die Massen für den Parteizweck mobil zu machen, die Sozialisierung, die der Betriebsrätegesetz schon auf den gesamten Bergbau ausgedehnt sehen will und die ein Arbeiterführer wie Otto Hue unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands geradezu als ein Verhängnis für die deutsche Wirtschaft erklärt hat. Wir werden auf das Votum dieses sicher urteilsberechtigten Arbeiterführers noch oft zurückkommen. Eine rein wirtschaftliche Frage, die heute lediglich zu entscheiden ist, nach den Gesichtspunkten der besten Ueberwindung unserer Notlage, wird zu einer politischen Machfrage umgewandelt, ohne Rücksicht darauf, ob der Versuch gewaltthamer Durchdringung der Sozialisierung unsere heimische Produktion und damit letzten Endes die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten schädigt oder nicht. Kampf um die politische Macht — ganz einerlei, ob unsere wirtschaftliche Not dadurch gemehrt wird oder nicht. Denn wie gesagt, es steht fest, daß eine ganze Reihe einflussreicher Arbeiterführer die Sozialisierung zumal in der Art und Ausdehnung, wie die radikalen Sozialisten sie fordern, für ein höchst bedenkliches und gefährliches Experiment erklären.

Haben die sozialistischen Parteien die Absicht, im Kampf um die Sozialisierung die Macht zu erobern, so wird sich die Frage nach den Aussichten erheben. Es ist noch schwer, auch nur eine ungefähre Antwort auf sie zu finden. Aber soviel steht wohl schon heute fest: eine einfache Wiederkehr der alten Koalition, in der die Sozialdemokratie tonangebend war, wird kaum vom deutschen Volke ertragen werden. Und sollte nun gar noch die Ueberwindung mit den Mehrheitssozialisten in die Macht teilen, so würden wir in eine sehr bedenkliche Krise hineingeraten. Schon die Aussichten auf ein solches Ereignis werden einen ganz anderen Widerstand hervorrufen, als der war, der im Juni gegen die alte Koalition einsetzte und sie zu Fall brachte. Herr Scheidemann und seine Leute werden sich darüber keiner Täuschung mehr hingeben dürfen, daß der Sozialismus und die Demokratie in diesen zwei Jahren keine moralischen Eroberungen mehr in Deutschland gemacht haben.

Die Einwohnerwehren als Bollwerk gegen Umsturzbestrebungen.

München, 9. Okt. (Br. Tel.) In der gestrigen Landtagsführung wurde die Interpellation der Unabhängigen, die sich gegen den Ausnahmezustand in Bayern richtete, besprochen, wobei es recht lebhaft zu

ging. Staatssekretär des Innern Dr. Schwyer erwiderte, es mehren sich in der letzten Zeit die Fälle, in denen durch gewaltsames Vorgehen gewisser Kreise die Regierung zum kräftigen Einschreiten zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung gezwungen wurde. Die Ursache liege aber nicht in einer willkürlichen Handhabung des Ausnahmezustandes, sondern dem Vorgehen gewisser Kreise der Bevölkerung, bei denen anscheinend das Bestreben vorliegt, unser im Aufbau begriffenes Staatswesen neuerdings zu erschlagen. Um so mehr bestehe weiterhin die unbedingte Notwendigkeit, den bestehenden Rechtszustand aufrechtzuerhalten, der vollkommen gesetzlich und von der Regierung gebilligt sei. An eine Änderung des von dem weitaus größten Teil der bayerischen Bevölkerung gebilligten Zustandes könne derzeit nicht gegangen werden. Daß die Einwohnerwehren den Radikalen ein Dorn im Auge sei, sei begreiflich, aber um so mehr werde man im Lande die Gemüthsruhe haben, daß hier ein festes Bollwerk gegen alle Umsturzversuche geschaffen ist, auf das sich die Regierung in jeder Stunde verlassen kann. Die Regierung werde es im übrigen nur begrüßen, wenn der Zustand im Lande bald ein derartiger sein würde, daß auf den Ausnahmezustand verzichtet werden kann. Die Regierung werde kein Mittel unversucht lassen, um jede Erschütterung des Staates zu verhindern, auch wenn die Unabhängigen und Kommunisten nicht damit einverstanden sind. Von dem Redner der bürgerlichen Parteien wurde erklärt, der jetzige Zustand würde wohl auch aufrechterhalten bleiben, wenn die Aufreizung des Volkes durch die Radikalen fortbauere.

Der sozialistische Betriebsrätegesetz.

Berlin, 8. Okt. Ueber die organische Zusammensetzung der Betriebsräte sprach das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale, Rolat (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund). Die Betriebsräte könnten, losgelöst von den Gewerkschaften, nicht existieren und die Aufgaben nicht erfüllen, die sie sich selbst gestellt haben. Eine bloße Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten sei nicht am Platze. Eine erheblich schärfere Tonart schlug der Korreferent an, der von einem Zusammengehen der Gewerkschaften und Betriebsräte nichts wissen wollte, weil er die Gewerkschaftsarbeit überhaupt ablehne. Die Betriebsräte müßten aus Objekten zu Subjekten und aus „ausgebeuteten Lohnsklaven“ zu Herren des Produktionsprozesses werden. Es gebe kein anderes Mittel, um die Diktatur des Profiteurs herbeizuführen, als den Bürgerkrieg. Auch in den Ausführungen des bekannten „Genossen“ Richard Müller über das Verhältnis der Gewerkschaften und Betriebsräte zeigte sich das Jüngste sehr zugunsten der Betriebsräte, obwohl er keine direkt feindselige Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm. Ein Beweis von Ueberzeugung der eigenen Kraft war es, wenn Müller auch die christlichen und hiesig-Dunderschen Gewerkschaften für den Kampf der Betriebsräte in Anspruch nahm. „Wenn ihr diese abstoßt, werdet ihr den Sieg nicht erringen! Die Führer der Gelben, Schwarzen und Blauen wollen wir herauschmeißen, aber ihre Betriebsräte wollen wir haben und sie von ihrer Führung lösen.“ Der Redner will von einer Einordnung der Betriebsräte-Organisation in die Gewerkschaftsorganisation nichts wissen, sondern besteht auf ihrer vollen Selbständigkeit, er will allerdings eine möglichst enge Verbindung mit den Gewerkschaften.

Nach der Mittagspause tritt man gestern darüber, ob man dem russischen Delegierten Sosnowski Gelegenheit geben sollte, über die Organisation der russischen Betriebsräte zu sprechen. Mit 459 Stimmen gegen 354 Stimmen entschied sich der Konvent für die Zulassung des Vortrages. Sosnowski schilderte im wesentlichen die Organisation der russischen Betriebsräte und die schweren Kämpfe um die Durchführung der Arbeiterkontrolle in den Betrieben und die Wirkungen dieser Kontrolle. Nachdem er eine halbe Stunde gesprochen hatte, wurde er von lebhaften Schlußrufen unterbrochen. Als er weiter sprach, entstand eine große Unruhe, so daß er nach 40 Minuten Rededauer sein Referat abbrach.

In der Diskussion wandte sich ein Vertreter der Bergarbeiter scharf gegen den Versuch, die Gewerkschaften zu zerrüttern. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Es entfiel große Unruhe. Es sollen Rufe wie „Schieber“, „Bonen“. Dann erhält der Korreferent Brandler das Schlußwort. Auch er läßt am Vorlaufe des Konventes herbe Kritik. Er betont nachdrücklich, daß die Vertreter der selbständigen Betriebsräteorganisationen gar nicht daran dächten, die Gewerkschaften zu zerrüttern, daß sie vielmehr die Gewerkschaften den neuen Aufgaben, die die Revolution ihnen stelle, anpassen wollten. In seinem Schlußwort polemisierte der Referent Dikmann gegen Brandler. Gegenüber dem Angriff gegen die Kriegspolizei der Gewerkschaften erklärt der Redner, daß in der ersten Kriegszeit auch die Freunde Brandlers ebenso furra beschrien hätten, wie andere auch. Die große Mehrheit der auf dem Boden der Unabhängigen stehenden Delegierten des Konventes lehne es ab, sich mit den selbständigen Organisationen zu identifizieren. Nach Annahme von verchiedenen Resolutionen und einer Schlußrede des Vorsitzenden scheidet die Delegierten unter Zustimmung des Sozialistenmarches auseinander.

Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Vermittlungsversuch durch den Reichsarbeitsminister.

Berlin, 8. Okt. (W. B.) Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Berliner Zeitungsgewerbes über die schwebenden Differenzen statt. Die Aussprache hatte noch kein Ergebnis.

Berlin, 8. Oktober. (W. B.) Ueber den Vermittlungsversuch durch den Reichsarbeitsminister in dem Konflikt im Zeitungsgewerbe erfahren wir: Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers waren die Afa als Vertretung der streikenden Angestellten, der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe, ferner die Verbände der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen geladen. Der Verhandlungsleiter, Regierungsrat Bühler erklärte, daß der Reichsarbeitsminister sich über den Stand und Ursache des Konfliktes im Zeitungsgewerbe informieren veruchen wolle und durch seine Vermittlung eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Diese Verständigung wurde im Laufe der mehrstündigen Verhandlungen nicht erreicht. Die Vertreter der Afa erklärten, daß der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der am 6. Oktober ergangen ist und von den Arbeitgebern nicht angenommen wurde, von ihnen abgelehnt werde, da sie mindestens eine Prozentige Erhöhung der Gehälter forderten. Von den Arbeitgebern wurde erklärt, daß sie nach wie vor daran festhalten müßten, die Verhandlungen über die Reusifizierung der Gehälter der kaufmännischen Angestellten so lange zurückzustellen, bis die am 25. Oktober beginnenden Verhandlungen zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verband und dem Verband der Deutschen Buchdrucker über den neuen Reichstarif beendet seien. Uebrigens seien die Arbeitgeber bereit, etwaige Erhöhungen, die in diesen Verhandlungen vereinbart würden, den Angestellten rückwirkend vom 1. Oktober an

zu zahlen. Endlich würden sie sich einverstanden erklären, den Angestellten schon jetzt einen Vorstoß auf die etwa eintretende Gehaltserhöhungen zu bewilligen. Die Vertreter der Angestelltenverbände lehnten jedoch den Vergleichsvorschlag der Arbeitgeber ab. Der Vorsitzende erklärte damit den Vermittlungsversuch als vorläufig gescheitert, behielt sich jedoch im Auftrag des Reichsarbeitsministers vor, die Parteien alsbald zu neuen Verhandlungen zusammenzubringen, wenn ihm der geeignete Zeitpunkt gekommen erscheine.

Berlin, 9. Oktober. (Von unserm Berliner Büro.) Der Streit im Berliner Zeitungsgewerbe dauert an und zieht immer weitere Kreise. Heute ist von den bürgerlichen Blättern nur noch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erschienen, auch diese ohne Inseratenteil. Der Hauptstreit liegt in der Auffassung der Arbeiterorganisationen über den Begriff „indirekter Streik“, von welcher die Organisationen nicht abgehen wollen. Sie weigern sich z. B. ein Inserat zu setzen, weil ihnen an Stelle eines ausländischen Herrn Schulze jetzt die Arbeit von einem Herrn Müller übergeben wird. Sogar die Lastkraftfahrer haben es abgelehnt, von einem neuen Angestellten Benzin entgegenzunehmen. Es soll nun versucht werden, die Zeitungen in anderen Druckereien herstellen zu lassen. Falls die dort Beschäftigten nun diese Arbeit übernehmen, werden von Seiten der Buchdruckerbetreiber, die sich mit den Zeitungsverlegern solidarisch erklärt haben, wohl weitere Ausperrungen erfolgen. Wie eine hiesige Korrespondenz behauptet, sollen die Berliner Zeitungsverleger dasbästigen, während des Streiks ein Einheitsblatt herauszugeben, das am heutigen Samstag zum ersten Mal erscheinen soll. Unter Umständen wird das Einheitsblatt außerhalb Berlins gedruckt werden. Bis jetzt sind von dem Streik 16 000 Personen betroffen. Von den Ausständigen sind etwa 3000 kaufmännische Angestellte und 13 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Berlin, 8. Okt. (W. B.) Im Strophischen Vereinshaus in der Alexanderstrasse, wo sich auch die Allgemeine Zeitungsverleger der Buchdrucker befinden, trafen heute nachmittags die Deputierten der Buchdrucker zu einer Besprechung der Lage zusammen. Es wurde mitgeteilt, daß von der Kalkulation rund 13 000 technische und 3000 Angestellte, zusammen also 16 000 Personen betroffen werden.

Berlin, 8. Okt. (W. B. Tel.) Die D. A. Z. meint, es sei an ein Ende des Streikes im Zeitungsgewerbe bis auf weiteres nicht zu denken. Erscheine im Gegenteil, als ob der Konflikt diesmal längere Zeit dauern werde. — Der Vorwärts kündigt an, daß auch im Zeitungsgewerbe ein Streik droht.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Die letzte Sitzung.

Brüssel, 8. Okt. (Von unserm Sonderberichterstatter.) Die Finanzkonferenz hielt am Nachmittage ihre letzte Sitzung ab. Der Präsident verlas einen ausführlichen Bericht, der die gesamten Ergebnisse der Kommissionsberatungen zusammenfaßte. Bemerkenswert ist, daß als letzte Formel für die Ueberwindung aller Schwierigkeiten Arbeit und Spararbeit in den Vordergrund gerückt werden. Präsident Ador erklärte, daß das eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die gedeihliche Wiederaufnahme der Friedensarbeit sei. Es sei zu hoffen, daß der Völkerverbund in dieser so erfolgreichen Arbeit fortfahren werde. Nach einem kurzen Dankeswort, das von dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix namens der Konferenz beantwortet wurde, schloß Präsident Ador die Brüsseler Konferenz.

Die Genfer Konferenz.

Berlin, 9. Okt. (Priv. Tel.) Zu den englisch-französischen Verhandlungen hinsichtlich der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Lloyd George und Delacroix hebt die Deutsche Allgemeine Zeitung in einer eigenen Drohmedung hervor, daß die Pariser Blätter hoffen, daß Delacroix vor dieser Zusammenkunft mit dem Quai d'Orsay sich in Verbindung setzen werde. Die französische Regierung, so heißt es weiter, werde dem Konferenzplan wahrscheinlich keinen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen. Sie werde jedoch vermutlich zwei Bedingungen für ihre Einwilligung formulieren:

1) Jede Vereinbarung mit Deutschland hinsichtlich der Entschädigung muß die Möglichkeit zur Zurückgreifung auf Zwangsmassnahmen umfassen für den Fall, daß Deutschland die Vereinbarungen nicht erfüllt.

2) Bevor die Versammlung in Genf beginnt, müssen sich die alliierten Regierungen auf ein gemeinsames Programm einigen.

In einem redaktionellen Artikel sagte die Deutsche Allgemeine Zeitung: Noch immer können sich manche Kreise in Frankreich nicht von der Anschauung freimachen, daß die Konferenz in Genf von den Deutschen dazu benutzt werden könnte, um Frankreich eine Falle zu stellen. Immer und immer wieder sei betont, daß diese Besorgnis unbegründet ist. Es kann sich nur darum handeln, eine praktische und brauchbare Lösung zu finden, Deutschland im Interesse seiner Gläubiger die Möglichkeit zu lassen, wirtschaftlich und überhaupt weiterzuleben.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 8. Oktober. (W. B.) An unterrichteter Stelle wird über die deutsch-französischen Verhandlungen, wozu verschiedene Äußerungen der französischen Presse vorliegen, Folgendes mitgeteilt: Dem französischen Botschafter Laurens wurde bei seiner Abreise nach Paris durch Minister Simons eine Aufzeichnung übergeben, die vorschlägt, in offizielle Besprechungen zwischen deutschen und französischen technischen Sachverständigen über die Frage der Reparationen und die Finanzprobleme stattfinden zu lassen. Entgegen anderslautenden Mitteilungen ist bisher mit den Verhandlungen noch nicht begonnen worden. Französischerseits erfolgte auch noch keine Mitteilung über eine etwaige Stellungnahme zu den deutschen Anregungen. Deutsche feste Vorschläge für die Erörterung des Problems, die man schon jetzt als unbestützel bezeichnen könnte, liegen nicht vor. In der deutschen Aufzeichnung sind lediglich die äußeren Formen der Besprechungen skizziert und die Unterlagen bezeichnet, von denen ausgegangen werden könnte. Wenn französischerseits andere Vorschläge gemacht werden sollten, werden diese geprüft. Es heißt den Geist der deutschen Vorschläge verkennen, wenn man sie sich gewissermaßen als Vorbereitung des Spruches der Reparationskommission denkt. Deutscherseits ist wiederholt betont worden, daß die Erörterungen nur der

Vorbereitung der internationalen Konferenz dienen sollen, auf die Deutschland nach den Zusicherungen in Spa Anspruch hat.

Paris, 8. Oktober. (W. B.) Havas. Der französische Botschafter Laurent hat gestern mit dem Ministerpräsidenten Leger eine Unterredung über die deutschen Vorschläge in der Wiedergutmachungsfrage. Laut „Petit Parisien“ soll am Schlusse der Unterredung Legeres gesagt haben, es sei richtig, daß die deutsche Regierung dem französischen Botschafter ein Schema des Programms unterbreitet habe, das für die Wiedergutmachung der verwüsteten Gebiete in Frankreich aufgestellt habe, sowie über ihre Entschädigung, die Entschädigung in Natura zu bezahlen. Diese Vorschläge seien aber nicht annehmbarer als die in Spa gemachten, denen sie sich übrigens sehr näherten.

Der „Petit Parisien“ berichtet ferner, Bergmann stehe augenblicklich mit der Wiedergutmachungskommission in Fühlung. Er werde wahrscheinlich in Kürze von Legeres empfangen werden und man dürfe die Vermutung aussprechen, daß seine Vorschläge von dem Schema, welches Laurent in Berlin unterbreitet wurde, wenig verschieden seien. Nichtbestimmter dauerten die Verhandlungen an, um zu einem praktischen Ergebnis zu gelangen. Es sei wahrscheinlich, daß man in allen kritischen Punkten des Systems der Bezahlung technischer Delegierter in Anspruch nehmen werde, deren Ergebnis der Wiedergutmachungskommission vorgelegt werde.

Französische und belgische Vorbereitungen.

Paris, 9. Okt. (Von unfr. Berl. Büro.) Im „Vorwärts“ macht ein rheinischer Abgeordneter darauf aufmerksam, daß nach zuverlässigen Ermittlungen im Rheinland ein französisches und belgisches Heer von 150—170 000 Mann stehe. All diese Vorbereitungen könnten nur bedeuten, daß das Rheinland für den Aufmarsch neuer gewaltiger Truppenmassen vorbereitet werden soll. Bei Trier ist Gelände in riesigem Ausmaße für eine Feldbäckerei in Anspruch genommen worden, welche täglich 400 000 Mann mit Brot versorgen kann, während die eigentlichen Besatzungstruppen nur aus rund 150 000 Köpfen bestehen. Auch die bestehenden deutschen Flugplätze reichen für das Bedürfnis der Entente-Militaristen nicht aus, sie werden um zahlreiche neue vermehrt. Neue Exerzierplätze, neue Truppenübungsplätze, neue Truppenlager werden angelegt, neue Kasernen werden gebaut. Bei Kallerslautern wird ein Munitionslager von gewaltigem Umfange eingerichtet. Auch Schanzanlagen werden geschaffen.

Die geplante Beschlagnahme der Dieselmotoren.

München, 9. Oktober. (Priv. Tel.) Die Angelegenheit der geplanten Beschlagnahme der Dieselmotoren in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, in Augsburg durch die Entente-Kommission, über die wir bereits berichtet haben, wird auch den Bayerischen Landtag beschäftigen, in dem ein interfraktioneller Industrie-Ausschuß besteht. Die Bayerische Mittelpartei (Deutschnationaler Partei und Deutsche Volkspartei) wird dem Landtag eine diesbezügliche Anregung geben.

Französische Ziele in Mitteleuropa.

JPU, Paris, 8. Oktbr. In einem Leitartikel der „Action Française“ bespricht Bainville das Problem der Mitteleuropäer, Polen, das keine Regierung, keine Leitung und keinen Staat hat, ist von Feinden umgeben, von großen und kleinen, die nicht minder gefährlich sind. Die Zukunft der Tschecho-Slowakei bleibt unsicher und das Land selbst trägt die Ursachen des Unterganges in sich. Die besten der Nationen sind Patrioten aber ebensowenig wie in Polen kann man in der Tschecho-Slowakei einen Staat bilden mit allein patriotischer Grundlage. Was man an die Stelle der österreichisch-ungarischen Monarchie gestellt hat, hat keine Lebensdauer und es wird immer wahrscheinlicher, daß die europäische Karte nicht so bleibt, wie sie ist. In ihrem großen Gebiete herrscht die Anarchie. Die Länder von der Dnieper bis zum Schwarzen Meer befinden sich in Unordnung, da nichts mit den natürlichen Gegebenheiten übereinstimmt. Wenn es bei diesem Chaos bleibt, kann man mit einer ewigen Anarchie rechnen. Die Ordnung wird nicht wieder hergestellt sein, ohne Kampf und Zerrüttung. Einverständige Menschen sind schon lange zu der Ueberzeugung gekommen, daß die aus der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gebildeten Staaten, die abgegrenzt stehen mit ihren unheilvollen Grenzen, welche die alten Reichsbeziehungen total zerbrechen und vernichten, nicht bestehen können. Es war nur ein Traum, wenn man an ein Donau-Bündnis glaubte, das ganz von selbst entstehen sollte, trotz allen eingewurzelten Hoffen. Ein neues Bündnis kann nur zustande kommen durch dieselben Mittel wie das Alte.

Die „Humanität“ veröffentlicht einen in der Sitzung des Kongresses von Orleans vorgelesenen Bericht der russischen Fachvereinigungen an die französischen Arbeiter. Dieser Bericht enthält u. a. die Erklärung, daß die Arbeiterklassen kein Vertrauen auf die Personen setzen können, die es mit dem Völkerbunde halten, denn die Sozialisten, die zusammen mit den Ausbeutern des Internationalen Arbeitsbureau gegründet hatten, sind Feinde der Arbeiterklasse. Die russischen Revolutionäre erwarten nichts von ihnen.

Die Mitteilung bezieht sich auf die Arbeiterklasse in Frankreich, um Sowjetrußland zu unterstützen und nicht zu zulassen, daß es ebenso wie Sowjetungarn vernichtet wird, denn an dem Tage, an dem Sowjetrußland durch die Reaktion beseitigt werde, soll auch der Untergang der französischen Arbeiter und des internationalen Proletariates besiegelt sein.

Der Friedensvertrag zwischen Polen und Litauen

Die Polen setzen ihre Angriffe fort.

Wilna, 8. Oktober. (W. B.) Gestern abend wurde der Friedensvertrag zwischen der litauischen und der polnischen Regierung endgültig unterzeichnet.

Wilna, 8. Oktober. (W. B.) Die litauische Regierung stellte angesichts der immer kritischer werdenden Lage an den Vertreter der Entente den Antrag, die provisorische Verwaltung der Stadt Wilna in die Hand zu nehmen. Die litauische Regierung stellte die Kommandantur und die Miltz zur Verfügung. Der zeitweilige Vetter ist der französische Vertreter in Wilna Reboul.

Wilna, 8. Oktober. (W. B.) Trotz der Unterzeichnung des Friedensvertrages fahren die Polen fort, die litauischen Stellungen anzugreifen und die litauischen Truppen mit Artillerie zu beschleichen. Gegen diese Verletzungen der Bestimmungen des Völkerbundes wird schärfer Protest vor der ganzen Welt erhoben.

Litauens Rüstungen zum Kampf gegen Polen.

Romno, 8. Oktbr. (W. B.) Vom litauischen Landesheer-Komitee ist in allen größeren und kleineren Städten Litauens weitere Landesheer-Komitees zum Kampfe gegen die Polen ge-

gründet worden. Täglich treffen in Romno Freiwillige aus allen Teilen des Landes ein und in Gruppen bis zu 200 Mann ein. Ein Komitee der Nationalversammlung hat ein freiwilliges Reiter-Regiment gebildet, das den Namen „Eiserner Wolf“ trägt.

Paris, 8. Oktober. (W. B.) General Kieffel ist zum Chef der französischen Mission in Polen ernannt.

Das sozialdemokratische Agrarprogramm.

Die Sozialdemokratie braucht ein Agrarprogramm, selbstverständlich ein zugkräftiges, das ihr Stimmen fängt. Denn es sieht auf dem Lande für sie vielfach schlecht aus. Selbst da, wo nach den Novembertagen 1918 die Sozialdemokratie als die herrschende Partei auch auf dem Lande Boden gewonnen zu haben schien, erweist sich die rote Färbung als nicht wahrhaftig. Es muß also ein Agrarprogramm fabriziert werden, das da nachhilft. Nur ist es schlimm, wo und wie die Sozialdemokratie ihr wahres Gesicht zeigt, immer ist es landwirtschaftsfeindlich. Der Achttundentag, ihr Stutenpferd und alles Mittelmittel, für die Landbevölkerung eingeführt, schien ja im ersten Augenblick den Landarbeitern entgegenzukommen, verriet aber sofort den Bauern, daß die Sozialdemokratie, ob gewollt oder nicht, nur unheilbringend für die Landwirtschaft wirken kann. Und schließlich sieht ein jeder auf dem Lande, auch der Arbeiter, ein, daß man mit solchen Methoden der Schablonisierung in der ländlichen Produktion nur Schaden anrichtet. Die letzte ungenügende Ernte und die aus ihr erwachsenden Ernährungs-schwierigkeiten sind ja die Frucht der sozialdemokratischen Experimente auf dem Lande.

Bei der Zusammenfassung des Agrarprogramms mußten sonach die sozialdemokratischen Weisen recht vorsichtig sein. Sie wollten, wie das Mädchen aus der Fremde, jedem etwas bieten, aber es doch vermeiden, durch zu handgreifliche Versprechungen nach der einen Seite sich bei der andern unbeliebt zu machen. Die zwanzig Punkte des Agrarprogramm-Entwurfs bilden sonach einen wahren Eiertanz, eine Fülle von Sähen, hinter denen sich nur die Reallosigkeit verbirgt, eine klare Richtung entschlossen einzuschlagen. Der Hauptleitfaden lautet: „Die zur Gemeinschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren, die übrigen Besitzverhältnisse sind nicht zu stören.“ Das kann alles mögliche und nichts bedeuten und kann deshalb auch niemanden befriedigen. Die Landarbeiter hätten nach der Art, wie die sozialdemokratische Agitation stets gegen die ausbeutenden Agrarier geizert und den Arbeitern goldene Berge versprochen hat, nun doch wohl erwarten können, daß man im Programm die Aufteilung des Großgrundbesitzes in nahe Aussicht gestellt hätte. Die Sozialistenführer sind aber, seit sie selbst nicht nur zu agitieren und zu behen, sondern die Verantwortung mit zu tragen haben, doch etwas klüger geworden. Sie wissen jetzt genau, daß die Zerrüttung des Großgrundbesitzes wie überhaupt jeder wesentliche Eingriff in die bisherigen Besitzverhältnisse eine arge Störung der Lebensmittelproduktion bedeute und damit die Ernährung der Großstädte schwer gefährden würde. Der Programmentwurf geht daher von der Frage der Aufteilung des Grundbesitzes herum wie die Kage um den heißen Brei. Nur an einer Stelle ist die Rede davon, daß die von Kriegs- und Revolutionsgewinnern erworbenen Ländereien zu Siedlungszwecken enteignet werden sollen. Mit dieser mageren Verheißung werden die Landarbeiter, von deren Landhunger man stets gesprochen hat, schwerlich zufrieden sein.

Und die Kleinbauern? Ihnen verspricht der sozialdemokratische Programmentwurf allerdings, daß man sie gegen Ueberarbeit schützen wolle. Damit beweisen die leitenden Genossen nur, wie gering ihr Verständnis für die Bauern und ihr Dasein ist. Gewiß hat der Kleinbauer schwer zu arbeiten; aber der Gedanke, ihn zwangsweise vor Ueberarbeit zu bewahren, indem man ihm vorschreiben will, wie lange und wann er auf seiner Scholle arbeiten darf, konnte nur im Kopfe eines großstädtischen Proletariats entspringen. Mit solchen agitatorischen Rührchen wird man keinen Landmann, nicht den kleinsten Besitzer einfangen. Zu oft haben bisher die Bauern gehört, wie man von sozialdemokratischer Seite gegen sie gehet hat. Das noch heute für die Sozialdemokratie gültige Erfurter Programm fordert ja auch, daß alle Produktionsmittel, wobei ausdrücklich „Grund und Boden“ genannt sind, aufzubrechen sollen. Privateigentum zu sein und gesellschaftliches Eigentum werden. Und als man schon früher einmal, auf dem Breslauer Parteitage 1895 daran ging, ein sozialdemokratisches Agrarprogramm auszuschütten, da zeigte sich diese feindselige Stimmung der Sozialdemokratie gegen die Bauern ganz unverhüllt. Statt des Agrarprogramms wurde eine Entschädigung angenommen, in der es heißt: „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen; denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht.“ Bebel betonte dazu (nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 10. Oktober 1895): „Wir können dem Kleinbauer nicht seine Konfession versprechen; das würde nicht nur unserer ganzen bisherigen Parteiloyalität, sondern auch unserem Programm widersprechen.“ Fischer-Dresden bemerkte: Die Sozialdemokratie kann den Bauern erst gewinnen, wenn er „von seinem Eigentum losgelöst“ ist. Und Bebel erklärte: „Haben wir eines Tages die Macht, so machen wir natürlich mit den bisherigen Eigentümern kurzen Prozeß.“

Das ist dieselbe Tonart, in der das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, am 6. Dezember 1891 schrieb: „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentumsbestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Erde gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen.“ Noch deutlicher war die „Sächsische Arbeiterzeitung“, sie erklärte im Mai 1890: „Diese Klasse (die Bauern) ist reaktionär, die reaktionärste, die es gibt. Wir erklären nicht nur den Gutshöfen, sondern auch dem kleinen Bauernhaus den Krieg.“ Das ist das kürzeste, das eigentliche Agrarprogramm der Sozialdemokratie, das man freilich heute hinter einem Schwall von schönen Phrasen verdecken möchte.

Deutsches Reich.

Eine Denkschrift des ehemaligen Kronprinzen.

Berlin, 9. Oktober. (Von unserem Berliner Büro.) Der ehemalige Nachrichtenoffizier bei der Heeresgruppe Kronprinz, Major a. D. Anker veröffentlicht in der von ihm herausgegebenen militärischen Korrespondenz eine Denkschrift, die Kronprinz Wilhelm im Sommer 1917 an seinen Vater, an die Oberste Heeresleitung und den damaligen Reichskanzler gesandt hat. In dieser Denkschrift plädiert der Kronprinz mit Rücksicht auf die wachsende Sehnsucht breiter Schichten der Bevölkerung für einen Verständigungsfrieden. An eine Offensive könne nicht mehr gedacht werden, nur an ein Halten der Stellung bei intensiver Fortführung des U-Bootkrieges für eine gewisse Zeit. In der Denkschrift stehen

folgende Sätze: „Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie, um den Bestand des Deutschen Reiches und des Fortbestehens des deutschen Volkes. Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hobenzollernischer, preussischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben. Dazu darf es nicht kommen, und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar keine Entscheidung, aber eine Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918, allein, ohne Bundesgenossen, nach 3 1/2 Jahren, aus schweren Wunden blutend, der ganzen Welt gegenüberstehend, mit Vernichtung bedrohen.“

Die Kohlennot.

m. Dresden, 9. Okt. (Priv. Tel.) Die Verhandlungen mit den sächsischen Bergarbeitern wegen Leistung eines neuen Pachtvertrages nach dem Vorbild der Ruhrbergwerke sind gescheitert. Das empfindet Sachsen umso mehr, da es noch 60 000 Tonnen Kohle nach Berlin liefern muß, obgleich seine Industrie unter Kohlenmangel schwer leidet. Die sächsische Regierung hat Schritte getan, um die Aufhebung dieser Zwangsleistung herbeizuführen. Der Leiter des sächsischen Landesbrotamtes nannte die Sozialdemokratie des Bergbaues das größte Unheil, das uns noch befehen könnte.

m. Düsseldorf, 8. Okt. (Priv. Tel.) Mit dem Ergebnis, daß 1200 Arbeiter fast 3 Wochen ohne Verdienst waren und daß nur auf Grund des Schlichtenspruches des Reichs- und Staatskommissars 20 Prozent der Weltarbeit ausgeübt werden, ist jetzt der Arbeitsstreik auf der im besetzten Ruhrgebiet Oberhalb liegenden Abteilung des Stahlwerkes Krupp in Essen-Krupp abgebrochen und die Arbeiter wieder ausgenommen worden. Die bei der Arbeiterschaft von sogenannten Führern und auch von ihrem Redakteur, Adolfen Wolf in Düsseldorf immer von neuem geäußerte Forderung, daß die angesehene interalliierte Kommission gegenüber der Arbeiterschaft eingreifen würde, hat sich als nicht erwiesen. Die interalliierte Kommission erklärt nur bereit einzutreten zu können, wenn sie von beiden Seiten zur Schlichtung angegangen würde.

Aus der Angestellten-Bewegung.

Kündigungstermine der Angestellten.

In der Gewerbeordnung ist für die Betriebsbeamten, Werkmeister und Lehrlinge die gesetzliche Kündigungsfrist auf sechs Wochen zum Dienstjahresabschluss festgelegt. Eine durch Vereinbarung zustande gekommene kürzere Kündigungsfrist darf nicht unter einem Monat betragen. Diese Vorschriften sollen aber keine Anwendung finden, wenn der Angestellte ein Gehalt von mindestens 5000 Mark im Jahre bezieht.

Durch diese Gehaltsgrenze sind die Schwebelösungen für die Einhaltung der Kündigungsfristen in gegenwärtiger Zeit nahezu zu wertlos geworden, da es mit Rücksicht auf die Geldentwertung Werkmeister und sonstige technische Angestellte mit einem Jahres-einkommen unter 5000 Mark wohl überhaupt nicht gibt. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. B. A.) hat deshalb in einer Eingabe das Reichsjustizministerium ersucht, durch eine Novellierung die gesetzliche Gehaltsgrenze überhaupt fallen zu lassen und so die Schwebelösungen für die Einhaltung der Kündigungsfristen auf alle Betriebsbeamten auszuweiten. In gleicher Weise dürfte eine vom V. D. A. schon im Juni beantragte Neuregelung der im Handelsgesetzbuch vorgesehenen Kündigungsfristen für die kaufmännischen Angestellten notwendig erscheinen.

Letzte Meldungen.

Paris hat reichlich Kohlen.

Paris, 8. Oktbr. (W. B.) Die Beleuchtung der Stadt Paris ist seit heute Nacht verdoppelt worden und soll noch weiter verbessert werden, besonders im Zentrum der Stadt. In den einzelnen Stadtteilen ist die Beleuchtung ebenso reichlich, wie früher.

Generallstreik in Portugal.

Paris, 8. Oktober. (W. B.) Havas. Die portugiesische Gesandtschaft veröffentlicht folgende Note: Die aus spanischer Quelle stammenden telegraphischen Nachrichten von einem Generallstreik mit revolutionärem Charakter in Portugal sind unrichtig. Es gibt in Portugal nur einen Leiststreik der Eisenbahnen. Eine große Anzahl von Zügen verkehrt auf allen Linien. Die Ruhe ist vollkommen im ganzen Lande. Die Feier des zehnjährigen Bestehens der Republik am 5. Oktober wurde durch keinen Zwischenfall gestört.

Berlin, 9. Okt. (Pr. Tel.) Die Freiheit fordert die Klassen zum Protest gegen die vom Landtag angenommene Novelle heraus. Am nächsten Sonntag sollen gegen die Reaktion im preussischen Landtag in einer größeren Anzahl von Lokalen gesprochen werden.

Düsseldorf, 8. Oktober. (W. B.) Die Vibre bezieht auf melbet aus sicherer Quelle, daß der Minister für öffentliche Arbeiten, Anseele, nach Ueberreichung der Gesamtmission des Kabinetts sich weigern werde, an der neuen Regierung teilzunehmen.

Paris, 8. Oktbr. (W. B.) In dem kürzlich dem Verkehr übergebenen Luftpostkasten von Le Bourget sind bereits vom 21. bis 30. September ausgeflogen bezw. gelandet: 148 Flugzeuge mit 336 Reisenden, 4102 Kilogr. Ware und 220 765 Kilogr. Post.

Jez, 8. Oktbr. (W. B.) Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Ilesan, daß General Lyauten seinen lehrlichen Einzug in die Stadt hielt und vom Scherif sowie der israelitischen und moslemischen Bevölkerung begeistert empfangen wurde.

Bukarest, 8. Oktbr. Agentur Damian. Die Regierung beschloß den gesamten rumänischen Holzvorrat anzukaufen, um auf diese Art den rumänischen Lei im Auslande zu heben und den ausländischen Handel für Rumänien zu gewinnen.

m. Rom, 9. Okt. (Priv. Tel.) Die Weltbehörden Amerikas haben beschlossen, einen Sonderfonds von 1 Million Dollars anzubringen, von der Hälfte für ihre Verwandten, die andere Hälfte für die Bekämpfung der Not in Deutschland verwendet werden soll. Die amerikanischen Kapitalisten haben ihren deutschen Verwandten ein halbes Millionen Golddollar zur Verfügung gestellt.

Vermischtes.

Wien, 8. Okt. Der ungarische Student Gizegh, der am 4. April d. J. in Pola in Italien während seiner Internierung in Wien durch vergiftete Nahrungsmittel zu Tode verurteilt, stand heute vor den Wiener Geschworenen unter der Anklage des verübten Mordmordes. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten jedoch nur der fahrlässigen Gefährdung der persönlichen Sicherheit für schuldig und verhängten eine Arreststrafe von einem Monat.

Schweres Eisenbahnunglück.

Venedig, 8. Okt. (W. B.) In der vergangenen Nacht stieß auf der Brücke über die Laguna der Zug Venedig-Bologna auf den Schlag des nach Mailand bestimmten, wegen Bremschadens verstoppten Zuges. Zwei Wagen dritter Klasse des Mailänder Zuges, sowie die Lokomotive, der Postwagen und der Postwagen des Zuges nach Bologna wurden beschädigt. Es gab acht Tote und mehrere Verwundete. Die genaue Zahl der Verwundeten ist noch nicht festgestellt.

Venedig, 8. Okt. Bei dem Eisenbahnunglück in Venedig wurden bis jetzt 22 Tote festgestellt. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl noch steigt, denn der Zustand mehrerer Schwerverletzter ist hoffnungslos. Der Jugenderlebe ist wieder aufgenommen worden. Die Hafenarbeiter und die Arbeiter mehrerer Fabriken haben zum Zeichen der Trauer die Arbeit eingestellt.

Aus Stadt und Land.

Aus der Stadtratsitzung vom 7. Oktbr. 1920.

Stadtratsordner Adolf Benninger — Mitglied des Stadtratsordnerkollegiums — hat sein Amt als Stadtratsordner niedergelegt. Der Stadtrat erkennt den Austritt als berechtigt an und stellt fest, daß anstelle des Benannten Stadtratsordner Friedrich Kucke, Pumpwerkstraße 8, in den Bürgerausschuß einzutreten hat (Wahlvorschlagsliste der deutsch-demokratischen Partei vom Jahre 1919).

Die Kunsthalle ist vom 10. Oktober 1920 bis Ende Februar 1921 zu folgenden Zeiten geöffnet: an Wochentagen (mit Ausnahme des Sonntags) vormittags von 10 bis 1 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 4 Uhr durchgehend.

Als Vertreter der Stadtgemeinde in die nach § 38 der Mannheimer Bauordnung beim Bezirksamt bestehende Sachverständigen-Kunst-Kommission werden ernannt: die Stadträte Seibold und Reibel, sowie Regierungsbaumeister Kömer.

Die Stadtgemeinde wird sich an den „Koboltswerken G. m. b. H.“ in Koboltszell, in denen ein großer Teil der nach Mannheim gelangenden Milch gesammelt und verarbeitet wird, mit einer Einlage von 120 000 Mk. beteiligen. Ein etwaiger Ueberschuß aus dieser Beteiligung soll für die Zwecke der Säuglingspflege verwendet werden.

Aus Mitteln der Dr. C. Wenig'schen Schenkung werden 7 Ingenieurschülern, 3 Wertführerschülern und 2 Schülern des Staatstechnikums Karlsruhe Beihilfen verliehen. Außerdem werden 10 Ingenieurschülern städtische Freistellen überlassen.

Die Umgestaltung des Hofes vor dem Friedhof wird als Kostensache in Aussicht genommen. Die hierdurch entstehenden Kosten sollen durch Anleihenmittel gedeckt werden — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses.

Die Bauleitung des Krankenhauses Neubaus hat beantragt, die dortige Zentralheizung zur Gewinnung einer die Fertigstellung der Arbeiten auch bei Frost gestaltenden Temperatur in Betrieb zu nehmen; in Frage kommen insbesondere Löhner-, Gipser- und Schreinerarbeiten. Der Stadtrat lehnte jedoch wegen der hohen Kosten und der Schwierigkeiten der Kohlenbeschaffung den Antrag mit Mehrheit ab.

Für ein Grundstück in Sandhofen u. ein Grundstück in Freudenheim wird der aufgrund des Sperrgesetzes vom 15. April 1919 bereits gestellte Antrag auf Uebertragung des Verkaufrechts zurückgezogen.

Die Mannheimer Bedarfsversorgung.

Im Turnsaal des Rathhauses fand gestern nachmittags die allmonatliche Besprechung der Mannheimer Bedarfsversorgung durch die Mitglieder der städtischen Lebensmittelkommission und die Vertreter der sonstigen zuständigen Behörden, des Handels, der Verbrauchervereinigungen und der Presse statt. Der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Walli, eröffnete die Sitzung mit der üblichen einleitenden Uebersicht. Er begann mit der Broterzeugung, wobei er feststellte, daß die Belieferung mit Weizen eine gute ist. Auch über die Qualität des Brotes könnten keine erheblichen Klagen erhoben werden. Mit Freude habe man sehen dürfen, daß die Bäckereien dieses Jahr besser das Getreide abliefern. Nicht minder erfreulich sei die Tatsache, daß die Bäckereien Usmahlung auf 85 Prozent bei Roggen und auf 75 Prozent bei Weizen hergestellt werden. Ebenso steht die Belieferung mit 125—150 Gramm Brotmehl pro Woche in Aussicht. Die Kommunalverbände sollen 10 Prozent Strohweizen (Weizen) erhalten, das vorher einblittert wird. Die Menge von Brot und Weizen, die auf den Kopf der Bevölkerung geliefert wird, muß leider die gleiche bleiben. Mit der Frage der Mischung der verschiedenen Brotmehlsorten zur Gewährleistung eines gleichwertigen Brotes unter Ausschaltung unzulässiger Manipulationen der Bäckereien hat sich die Lebensmittelkommission noch nicht endgültig beschäftigt. Nach der vorläufigen Berechnung wird der Preis für Weizen, wenn die Stadt das Weizen selbst miltchen läßt, etwa 15 Wk. teurer werden. Man werde aber, wenn irgend möglich, diese Verteuerung vermeiden.

Bei der Milchversorgung ist ein Rückgang in der Anlieferung zu verzeichnen. In der Hauptsache ist dies Erscheinung zurückzuführen auf die Inanspruchnahme des Milchviehs zur Heilarbeit und in der Preisgestaltung. Man hat im Juli ds. J. einen Erzeugerpreis von 1.50 Wk. festgesetzt, später aber den Bezirksämtern freie Hand gelassen, den Erzeugerpreis weiter herabzusetzen. Von dieser Möglichkeit haben verschiedene Bezirksämter Gebrauch gemacht. Das sah zunächst schon aus. Aber bald hat sich herausgestellt, daß die Bäckereien ihre eigenen Beschäfte besorgen haben und daß der Milchhandel aufblühte. Es müßte deshalb das Bestreben sein, wieder einen einheitlichen Milchpreis zu erreichen. Wenn die Milchlieferung noch weiter zurückgehe, werde man schließlich damit einverstanden sein müssen, daß der Erzeugerpreis einheitlich auf 1.50 Wk. festgesetzt werde, jedoch der Verbraucherpreis auf 2.20 Wk. erhöht werden müsse. Die Unleichheit im Milchpreis habe besonders da unzulässig gewirkt, wo die angrenzenden Bezirke verschiedene Preise haben. Die Zentralisierung der Milchlieferung und -Ausgabe in der Milchzentrale habe sich redaktionell vollzogen.

Bei der Fleischversorgung wies Herr Dr. Walli zunächst auf die neuen Vorschriften im Viehhandel, im Einkauf von Schlachttvieh durch die Metzger und im Fleischverkauf hin. Es sei beabsichtigt, auf dem hiesigen Viehmarkt nur

solche Händler zuzulassen, die einen Erlaubnischein vorweisen können und nachweisbar im Besitz der Schlachtscheine und des Kontrollbuches sind. Der Viehmarkt soll eine Kommission zusammenstellen, die angemessene Preise festsetzt. Diese Preise sollen schon auf dem Markt verzeichnet werden, sobald Käufer und Verkäufer wissen, was sie ansetzen dürfen. Jedes Tier muß über die Waage gehen. Staatliche Organe werden die Ueberwachung und Prüfung der Schlachtscheine vornehmen. Die Erwartung, daß man nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht zu hohen Preisen bekommen werde, hat sich leider nicht erfüllt. Der Preis für das Pfund Ochsenfleisch ist von 11 Wk. im August auf 14 Wk. hinaufgeschwollen. Nach der Berechnung der Schlachthofdirektion ist dieser Preis nicht zu beanstanden. Die Metzger nehmen keinen ungebührlichen Gewinn. Der Grundfehler liegt darin, daß die Viehpreise zu teuer sind. Aber hierbei sind alle Beteiligten, die Händler, die auf dem Lande einkaufen, und die Metzger, die sich zumteil öfteren Wohnungen der Innung verschließen. Nachdem die Metzger (abgesehen vom Viehmarkt) ausgeschlossen waren, ist auch eine gewisse Kaufkraft eingetreten. Herr Dr. Walli läßt es für das Beste, daß jetzt die von der Reichsregierung gestellten Bestimmungen über einen angemessenen Preis herauskommen, weil dann von vornherein beurteilt werden kann, ob die Metzger an den hohen Preisen schuld sind oder nicht. Es wäre zu wünschen, daß gewisse Richtlinien für die Handelspreise gegeben werden. Redner glaubt aber kaum, daß man damit rechnen kann, da die Höchstpreisbestimmungen vom Reich aufgehoben worden sind.

Der Antriebs im Schlachthof war seit der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung sehr wachsend. Auffallend ist die geringe Anlieferung von badischem Vieh. In der Hauptsache ist dies zurückzuführen auf die außerordentlich reiche Futtermittel, die den Landwirten veranlaßt, sein Vieh zu behalten. Im letzten Mittwoch waren von etwa 1000 Stück Großvieh nur etwa 80 Stück aus Baden angetrieben. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß eine Baisse im Antriebs eintreten wird, insbesondere dann, wenn sich in Norddeutschland die Preise höher entwickeln. Wenn auf den norddeutschen Märkten mehr geboten wird, dann wird das norddeutsche Vieh wegzubringen. Und dann wird mit einer Fleischnot zu rechnen sein. Die Stadterwaltung hat genehmigt, eine gewisse Fleischreserve einlagern zu lassen. Es ist beschlossene worden, zu den etwa 30—34 000 Kilo betragenden Vorräten noch etwa 100 000 Kilo Gefrierfleisch zu bestellen. Außerdem ist mit einer ökonomischen Schweinemalgenoffenschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Genossenschaft in der Zeit von Dezember bis Frühjahr 1500 Schweine zum Preis von 11.50 Mark für das Pfund bei Schweinen von 180 Pfund und darüber und von 11 Wk. bei Schweinen unter 180 Pfund liefert. Der Verbraucherpreis wird auf 15 Wk. zu stehen kommen. Die Stadt hat mit dem Vertrag das Risiko eines etwaigen Preisrückgangs übernommen müssen.

Bei der Kartoffelversorgung hat sich der Verbraucher eine wahre Plage bemerkt. In Friedenszeiten ist der Winterbedarf Ende Oktober eingelagert worden. Jedermann weiß, daß die Kartoffeln zum größten Teil nach im Boden liegen. Es hat sich weiter gezeigt, daß sich unendlich viele Personen mit dem Kartoffelverkauf beschäftigen, was nach der Auffassung durch die Betriebsräte der Fabriken usw. kommt, abgesehen von den vielen Verbrauchern, die sich direkt einzubestellen versuchen. Bei der Beileitung der Kartoffelverfügungsdienste dürfte nicht vergessen werden, daß bereits im März von der Reichsregierung ein Mindestpreiserpreis von 25 Wk. bestimmt wurde. Man könne heute ruhig sagen, daß die Kartoffelpreise in früheren Jahren zu gering waren. Von der übermäßigen Mehrheit der Bevölkerung sei die freie Kartoffelbewirtschaftung verlangt worden. Jetzt werde die Reichsregierung dafür, daß sie dem allgemeinen Volkswohlstand Rechnung getragen habe, angegriffen. Die Landwirte seien dadurch veranlaßt worden, daß für die sogenannten Vertragskartoffeln ein Zuschlag von 5 Wk. bewilligt werde. Man hat mit einer Bestellung von etwa 120 Millionen Zentner Vertragskartoffeln in ganz Deutschland gerechnet. Es sind aber nur 32 Millionen angefordert worden, weil die Kommunalverbände das Risiko schämten. In dem Erzeugerpreis von 30 Wk. für diese Vertragskartoffeln konnte nicht gerüttelt werden, weil es sich um ein Verprechen der Regierung und städtischer Beteiligten handelt. In Baden sind derartige Verträge nicht zustande gekommen. Die Stadterwaltung in Mannheim hat Ende Juni eine Kartoffelreferenz in Höhe von 30 000 Zentner bestellt, um für den Notfall eine ausreichende Menge zur Verfügung zu haben. Man hat dabei den Wunsch ausgesprochen, daß diese Kartoffeln aus Baden geliefert werden. Die Reichsregierung hat aber erklärt, daß sie eine bestimmte Zulage nicht geben könne. Vor einigen Wochen ist die Reichsregierung eingelaufen, daß die Kartoffeln aus Schlesien (S) zugewiesen werden. Daraufhin hat die Stadterwaltung um Zulassung aus Hessen gebeten. Eine endgültige Entscheidung ist daraus nicht eingeleitet. Bei den schließlichen Kartoffeln machen sich außer dem Erzeugerpreis von 30 Wk. noch die hohen Frachtpreise geltend, durch die der Einkaufspreis auf 37 Wk. für den Zentner steigen dürfte. Es wird z. B. ein Frachtpauschalpreis angefordert, der auf eine Herunterführung der Frachtpreise hinausläuft. Trotz aller dieser Hemmnisse und Risiken hat sich der Stadtrat entschlossen, eine Kartoffelreferenz zu beschaffen. An diese einleitenden Ausführungen schloß sich die übliche Ansprache, auf die wir im Abendblatt zurückkommen. Sch.

Vor dem Zusammenbruch der Fleischversorgung.

In der letzten Sitzung des Karlsruher Unterausschusses der Preisprüfungskommission für Fleisch und Wurstwaren, in der die von uns schon gemeldete außerordentliche Erhöhung der Fleischpreise beschlossen wurde, wurde von Seiten der Metzgermeister dargelegt, daß der Zusammenbruch der Fleischversorgung kaum zu vermeiden sein werde. Es

wurde betont, das Land sei nicht mehr fähig, den Fleischbedarf der städtischen Bevölkerung zu decken. Infolge Fehlens einer Uebergangsbestimmung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sei ein Neubau in der Fleischbewirtschaftung erfolgt, wodurch der in Baden verfügbare Bestand an Schlachttvieh nahezu aufgebraucht sei. Die Landwirte und die Viehhändler steigerten ihre Preise immer weiter in die Höhe. Dazu komme, daß die Staaten ringsumher die Zufuhr nach Baden sperren. Man habe eine kleine Anzahl Schlachttiere aus Norddeutschland erhalten; der Preis für das Pfund Lebendgewicht dieser Tiere belaufe sich aber unter Hinzurechnung aller Unkosten auf 17.40 Wk. Altona und Holftein hätten es rundweg abgelehnt, der süddeutschen Erde, die es mit der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung so eilig gehabt hätte, überhaupt Fleisch zu liefern. Da die Viehhändler aus dem besetzten Gebiet in Norddeutschland jeden Preis bezahlten, so könnten die aus Süddeutschland dort nicht mehr mithalten. Wenn es nicht gelinge, durch Einführung einer Planwirtschaft eine Ueberbrückung herbeizuführen, so sei der Zusammenbruch des Ernährungswesens, insbesondere der Fleischversorgung, unvermeidlich.

Sammlung für die evangel. Diakonissenhäuser.

Die drei badischen Diakonissenhäuser Mannheim, Karlsruhe und Freiburg befinden sich in bitterer finanzieller Notlage. Sie haben sich deshalb mit der dringenden Bitte um Hilfe an die Landesregierung gewendet. Auf einmütigen Wunsch der letzten Landesynode hat die Kirchenregierung eine einmalige Kirchen- und Hausammlung für die drei genannten Diakonissenhäuser angeordnet. Der Betrieb eines Krankenhauses erfordert gegenwärtig ungeheure Aufwendungen. Ein Krankenhaus, das der Allgemeinheit dienen will, kann sich nicht selbst durch eigene Einnahmen ohne anderweitige Zuschüsse erhalten. So haben unsere Diakonissenhäuser bereits im vergangenen Jahr erhebliche Zuschüsse erhalten, und diese werden sich im laufenden Jahre in die Hunderttausende steigern.

Auch die Gemeindeglieder der Schwestern legt vielfach den Diakonissenhäusern schwere finanzielle Opfer auf. In der Altstadt Mannheim zum Beispiel haben 18 Schwestern des Mannheimer Diakonissenhauses in der Gemeindepflege, d. h. sie pflegen in nicht-geldlich in Familien, in denen Krankheit und Not eingeleitet ist. Für den gesamten Unterhalt dieser Schwestern bekommt das Diakonissenhaus von der Stadt und von privaten Vereinen Zuschüsse in der Höhe von 18 000 Mark jährlich. In Wirklichkeit kostet der Unterhalt der Schwestern das Dreifache, das Diakonissenhaus muß also etwa 30 000 Mark zulegen, ohne daß hierfür gesicherte Einnahmequellen vorhanden sind. Dabei ist allgemein anerkannt, daß die Schwestern an Einschränkung und Benützung der menschlichen Fähigkeiten leisten. Es gibt keinen Stand, der es ihnen hierin gleich tut. Dieser Benützung ist es zu danken, wenn die Heilberufe nicht noch bedeutend höher sind. Wieviel Gutes durch den Dienst der Schwestern geschieht, wieviel Not gelindert wird, darauf braucht nicht erst hingewiesen werden. Wir können uns unsere evangel. Kirche ohne ihre Diakonissen nicht denken. Allgemeine Kirchenmittel stehen für die Diakonissenhäuser nicht zur Verfügung. Auch die Beiträge der Kirchenmitglieder können nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht für bezahlte Anstalten verwendet werden.

Es bleibt nur ein Appell übrig an die Allgemeinheit, ein Appell an alle, die die Bedeutung der Diakonissenhäuser zu schätzen wissen, besonders auch an die, die vielleicht selbst schon in der Pflege des Diakonissenhauses oder einer Schwester gestanden: Helft durch Euer Geben, daß unseren Diakonissenhäusern über die schwere Zeit hinweg geholfen wird! Am Sonntag den 10. Oktober wird in sämtlichen evangelischen Gottesdiensten eine Kollekte für die drei badischen Diakonissenhäuser erhoben werden. In den folgenden Wochen findet eine Hausammlung statt. Wachsen alle, zu denen die Sammler und Sammelinnen kommen, ihnen einen reichen Beitrag einhändigen! Hg.

Strafensammlung zu Gunsten der abstimmungsberechtigten Oberhäupter.

Es wird nochmals die herzlichste Bitte an die gesamte Einwohnerschaft gerichtet, die Strafensammlung, die am morgigen Sonntag zu Gunsten der unterstützungsbedürftigen abstimmungsberechtigten Oberhäupter stattfinden wird, durch recht rege aktive Anteilnahme zu unterstützen. Weise niemand die Verkäufer und Verkäuferinnen zurück, sondern fördere das nationale Wert dadurch, daß ein Stempel, Postkarte oder Ansichtskarte gegen einen Papierfächer eingetauscht wird, der um so lieber entgegengenommen werden dürfte, je höher der Beitrag ist, der über den Preis für den erstbesten Gegenstand hinausgeht. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das Ereignis der Sammlung, die von der Landesgruppe Baden des Vereinten Verbände heimatischer Oberhäupter veranstaltet wird, völlig den aus diesem Bezirk zur Abstimmung fahrenden unterstützungsbedürftigen Oberhäuptern verbleibt.

Vergnügungen.

Hans Ebbecke-Dautenab. Alle Freunde heiterer Kunst, die niemals trivial sein wird, weil sie von einer künstlerisch überaus fein empfindenden Persönlichkeit ausgeht, seien nochmals auf den heutigen Dautenabend aufmerksam gemacht, den Hans Ebbecke um halb 8 Uhr im Versammlungssaal des Hofgartens veranstaltet. Der Künstler ist dafür bekannt, daß er speziell im Dialektvortrag hervorragt. Da er ständig auf die Bereicherung seines individuellen Repertoires bedacht und überdies sein eigener Komponist ist, so wird man auch am heutigen Abend viel Neues zu hören bekommen. Möge dem sympathischen Künstler ein anerkanntes Haus beschieden sein.

Kunst und Wissen in Mannheim.

Margarete Köhler's jugendlich-anmutige, an sich jedoch bezeichnende Langsamkeit gestern im gut besuchten Museumsaal wahre Triumph. Darin liegt natürlich ein Widerspruch, der für mich aber keine Erklärung bedarf. Wer alle die Tugenden der letzten Jahre gesehen, wiederholt gesehen hat, wird zugeben müssen, daß Margarete Köhler wenig eigenes zu geben hat und der Kunst recht nahe gegenübersteht. Sie steht noch durchaus in den Anfängen ihrer Kunst, wie sie diese aber ausübt, wird uns und ihr selbst ein Werk von Vollkommenheit vorgeführt, den die junge Künstlerin noch gar nicht erreicht hat und auch schwerlich erreichen wird, da ich mir nicht denken kann, daß sie sich nach solchen Erfolgen dazu herbeilassen wird, noch zu lernen. Und darunter verstehe ich keineswegs das Studium neuer „eigener Töne“. Was Margarete Köhler hat, das ist eine vorzügliche Schule, der man sie jedoch viel zu früh entzogen hat. Das Tonstück, das geteilt werden soll, will auch geteilt voll erfüllt sein, denn sonst wird eine ärmliche Kunst daraus, die eines nicht gewöhnlichen Garderobeaufwands bedarf, ohne ihn jedoch zu verdienen. Die Kostüme Margaretes waren denn auch halb das Schönste, was wir in letzter Zeit der ähnlichen Art gesehen haben. Warum wurde uns der Meister dieser einwandfrei wunderbaren Entwürfe nicht genannt? Die Zurückhaltung, die sich in obigen Zeilen ausdrückt, soll aber nicht verstanden lassen, daß uns an den Tönen der jugendlichen Künstlerin manches gefallen konnte: ein jugendliches Temperament, wie es im „Reigen“ und in der „Spielelei“ zum Ausdruck kam, wird seine Wirkung eben niemals verfehlen. M.

Theaternachricht. Die heutige Aufführung des neuinstudierten „Schwarzen Domino“ im Nationaltheater beginnt um 7 Uhr, die des Dramas „Vor Sonnenaufgang“ im Reuen Theater um 7 Uhr. — Morgen wird im Reuen Theater das heitere Familienstück „Willis Frau“ wiederholt.

Einen Mädchen-Nachmittag mit Lichtbildern veranstaltet kommenden Mittwoch, 4 Uhr, im Kasinoalle die Kriegsspatenschaft E. B. Mädchen ihrer Kriegswaisen. Am Vortragstag wird die bewährte Kirchenchorleiterin, Fri. Helene Leydenius vom Nationaltheater, erscheinen.

Hans Ebbecke kommt heute abend wieder mit seiner Baute nach Mannheim und wird seinen Zuhörern im Versammlungssaal durch den meisterhaften Vortrag seiner Liebes-, Dialekt- und Volkslieder, feinen Balladen und Schürren ein paar frohe gemufte Stunden bescheren.

In dunkler Zeit.

Und ob der graue Boden kreist
Und Sieg und Jaun und Brücke bricht
Und alle Hallen stehen verwaist,
Du sing dein Lied und bange nicht!

Die Stunde geht, der Schrei verweht,
Der Hammer fällt im Zeitgericht,
Jedoch das Menschenherz besteht
Und Erdendanz und Himmelslicht!

Und keinem wird es Schande sein,
Der einst zu seinem Frager spricht:
Ich sah in Nacht und Tod hinein
Und sang mein Lied und bange nicht.

Bruno Frank.

Die heiligen Haine.

Von Elisabeth Dautenab.

Auch das neue Buch der Dautenab „Die heiligen Haine“ (Berlin, Verlag Schuster u. Loebner) ist ein Buch der tiefen Stille gleich dem früher erschienenen Werke „Von den Gärten der Erde“. Solche Gärten sind auch die heiligen Haine, Natur, Liebe, Freundschaft, Weisheit, Kunst, Einigkeit, Gott, nach denen uns die Naturin gelehrt. Die Nacht spricht sie von ihnen als von jener Schöpfung, die uns trotz des schweren Krieges bittere Not geliehen hat. Die Ruhe eines abgeklärten Künstleriums ist einer der Hauptvorzüge dieses sprachlich prachtvollen Werkes, aus dem folgenden Abschnitt wiedergegeben sei.

Dein Leben ist in Schönheit eingebettet. Rings um die Insel deiner Tage liegt Reichthum und Fülle ausgebreitet. Nur sehen und erkennen mußst du diese Schönheit. Den Reichthum und die Fülle ergreifen, das alles dein selbster Besitz werde und der Sinn deiner Tage daran machst und erlaube zu ahnendem Schauen, das dir dein Glück bereitet.

Vor dem Tore jeder deiner Sinne steht das Leben bereit mit tausendfachen Spenden. Nur zu nehmen brauchst du sie und dich an ihnen zu vollenden. Nur jedem deiner Schritte ertübt dich die Fülle des Lebens, schauft du das raffische Spiel seiner freudigen Bewegtheit, umschließt dich die lösende Unverständlichkeit aller Geheimnisse des Seins und Werdens.

Wur zu lauschen brauchst du auf die steigende Klut und fallende Ebbe deiner Tage und Stunden, dem Licht und Dunkel deiner Sonnen und Nächte, den irren Wirrungen und seltsamen Lösungen

deines und der andern irdischen Geschehens — und du wirst der Fülle nicht Herr, die dir entgegenströmt.

Und für die Freizeiten deiner Seele liegen die fernern Gärten ausgebreitet, die dir aus ihrer Sehnsucht erblühen. Und die Inbrunst ihrer verlangenden Sehnsucht umgürtet die schmerzhafteste Ferne, die jener Gärten Schönheit ihr zu letzter Höhe wird und sie in der glühenden Erregtheit einer seltenen Stunde in ihnen die heiligen Haine erkennt, die jeder Seele heimat sind, in denen wachend sie in Schauen und Anbetung die stillen Wege zu ihres eigenen Beweins Geheimnissen und tiefen Verbindungen findet.

Zu diesen heiligen Hainen will ich keine Erinnerung zurückführen. Denn du kennst sie seit Kindem und weißt sie an deinen Wegen. Aber die schwere Finsternis des Krieges nahm dir ihr sanftes Licht, das Gedächtnis seines wilden Auftrudes verdeckte dir die feierlichen Stimmen ihres ruhenden Friedens, und die Kerstörungen, die durch ihn über deine Seele kamen, lähmten dir die Flügel des Glaubens und der Liebe, die über das Heute und Gestern dich zu der Stille der leuchtenden Schönheit tragen, die dort immerdar und unerschütterlich deiner wartet.

Finde dich zurück zu deiner Freiheit, werde wieder Herr über die Herrlichkeit deiner Königreiche, die jenseits von Gut und Böse deiner Tage die unerschütterbaren Schätze bergen, die eines tiefsten Lebens Aufbau sind.

National-Theater Mannheim.

Der Megende Hofkammer.

Frau Anna Wolf-Driener hat die Anwartschaft, eine bedeutende Senta zu werden. Wie alles Wahre, ist ihre Senta in einfachen, klaren Linien angelegt, das hohe Vorbild ihrer ganzen Darstellung (Anna von Wildenburg) schimmerte durch den ganzen zweiten Akt, jedoch mehr als wahlverwandter Sinn, denn als Nachbildung. Die Sängerin hat ihre Partis mit technischer Ueberlegenheit durchgeführt; ob aber die Hochspannung von Regia und Senta nicht mehr Hemmung als Förderung bedeutet? Jedenfalls ist das Irren unserer Opernwelt seit Jahren höchst mannigfaltig, aber ich fürchte, meine Warnung wird fruchtlos sein. Nehmen wir einmal die Dinge so wie sie hier leider sind, so werden wir uns der gegenwärtigen, der gestrigen Senta (die auch sehr gut ausfiel) recht freuen und den Beifall, der nach dem zweiten Akt erhaltet, für berechtigt halten. Den Schluß konnte ich leider nicht mehr abwarten, aber wir alle haben wohl an Herrn Bahlings neuer Gesangsweise, an Herrn Frank's Arie und an Herrn v. Hoeslins Orchesterführung viele neue Schönheiten erlebt. Doch unser neuer Crit der feiner werden, an deutlichen Rängenlang erinnernden Weise beharrt, ist indessen ein beständiger. Und er könnte doch einer der besten Tenöre der Oper werden! A. Bl.

Briefkasten.

(Anfragen ohne Namensnennung beantwortet wir nicht.)
D. M. Wenden Sie sich an das hiesige Gebr. Braun, Elektrizitätswerk...

Büchertisch.

Nicola Vogel, Das Bildnis. Eine Novelle. Deutsch von Alexander Eliasberg...
Am Besonderen XII. Ein Jahrbuch für das deutsche Volk...

Gottesdienst-Ordnung für Sonntag, 10. Okt. 1920.

Evangelische Gemeinde. In allen Gottesdiensten wird eine Kollekte für die badischen Diakonissenhäuser erhoben.
Johanniskirche: Morgens 10 Uhr Predigt, P. Reidel...

Katholische Gemeinde. Jesuitenkirche: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...
Katholische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Evangelische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Katholische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Evangelische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Katholische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Große Versteigerung! Hotel- und Wirtschafts-Einrichtung Hotel Lehn L 15, 1 Bahnhofplatz...

Zum Dozen und Lohndruck Oetkers Milch-Eisweiß Pulver mit Fiabesaka...

Einzelmöbel: 1 Garnitur: Dinen mit 2 Sessel, 1 Garnitur: Dinen mit 4 Sessel...

KRÄNZE Prestinari Blumengeschäft N3. 7-8 Tel. 3939

Öffentliche Versteigerung. Am Montag, den 11. Oktober 1920, mittags 12 Uhr...

Haut-, Blasen-, Frauenleiden, Syphilis. Behandlung nach dem neuesten wissenschaftlichen...

Zurückgekehrt Dr. v. Hollander Frauenarzt Goethestrasse 6.

Winterkartoffeln werden angenommen. Joseph Bleh, Rheinhäuserstr. 29, Laden...

Sägmehl Hobelspäne als Beimischung zu Braunkohle usw. hat laufend abzugeben...

St. Bonifatius-Kirche Käfertal-Dkt. Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Katholische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Evangelische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Katholische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Evangelische Kirche in Käfertal: Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

St. Bonifatius-Kirche Käfertal-Dkt. Samstag, den 9. und 10. Okt. um 10 Uhr an Beichtgelegenheit...

Statt besonderer Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung vom Hinscheiden unserer innigstgeliebten Mutter...

Heute mittag starb unser Sonnenscheinechen Richard im zarten Alter von 15 Wochen...

L. G. 57 Komme Kunstverein Erlernung: in linker Hand Ratolog...

Wir haben uns verlobt! Tilly Giera Dr. med. vet. Georg Zeilinger pr. Tierarzt...

Gartengrund u. Auffüllmaterial? Effler, Neckarau B1549 Barstraße 19...

Dr. A. Keller Leiter der II. inneren Abteilung der städt. Krankenanstalten...

Korsetts werden zum reparieren u. ändern angenommen...

National-Theater Mannheim.
 Samstag, den 9. Oktober 1920.
 A. Dastoff, in 3 Akten. (für II. Parkett B 7)
 Neu einstudiert:
Der schwarze Domino
 Komische Oper in drei Aufzügen nach dem Französischen des Gerib. Musik von Weber. Spielleitung: Eugen Gebrath. Musikalische Leitung: Fritz Zwies.
In den Hauptrollen:
 Angela — Fr. Eden; Waffarena — Hartling; Weiglitz — Fr. Bremer; Juliano — Sandborn; Gode Gode — Wolf; Bill Wenz — Wang; Uchula — Fr. Liebenhul.
 Anfang 7 Uhr. Höhe Preise. Ende 9 1/2 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten
 Samstag, den 9. Oktober 1920
Vor Sonnenaufgang
 Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann
 In Szene gesetzt von Heinz H. Holz.
In den Hauptrollen:
 Frau Krause — Fr. Berger; Helene — Fr. Brandt; Hoffmann — Albert; Roth — Bogel; Schimmelpfennig — Kolmar.
 Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr.

Städtische Konzerte im Rosengarten.
 Sonntag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr im Nibelungensaal
Bunter Musik- u. Tanzabend
 Tanz durch die Jahrhunderte
 Mitwirkende: Aemil Häns, Tanadnos, Alfred Landery, J. L. Koetüm, Wilhelm Kiesel, Carl Barlosch.
 Das verstärkte Orchester, — Orchesterleitung: Kapellmeister Ludwig Becker.
Aus dem Programm:
 Klassische Rokoko- und Hedermeier-Tänze, — Im Zeichen des Walsers, der Diele u. des Foxtrotts. Ernst und heitere Dichtungen. Orchestervorträge. Dielenmusik.
 Preise der Plätze: 3, 4 und 5 M., dazu die Steuer. — Verkauf im Rosengarten. Kein Wirtschaftsbetrieb.
 Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag, Kassenzustand täglich 11—1 und 1 1/2—4 Uhr, am Sonntag 11—1 und 1 1/2 Uhr bis Konzertbeginn. 91

Künstlertheater „Apollo“
 Heute und morgen abends 7 1/2 Uhr
 Morgen Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr
 Bei ermäßigten Preisen: S190
Der Himmelschuster
HABARETT RUMPELMAYER
 Kurt Graf, Irma Traun, Lisi Even
 Sonntag um 4 und 8 Uhr Vorstellung
 Regie Sonntagsvorstellungen im bischöf. Rabareri

Friedrichs-Park.
 Sonntag, 10. Oktober, nachm. 3 Uhr 182
Konzert
 Kapelle Petermann. Leitung: Kapellmeister Beder

Vereinigung der Nationaltheaterstatistiker
Einladung.
 Zu dem am Samstag, 9. Oktober 1920, in der Loge „Karl zur Eintracht“, L. 5, 9, abends 7 Uhr, stattfindenden Familienabend mit Tanz ladet freundlichst ein *7230
 Der Vorstand.
 NB: Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen. — Kein Weinzwang.

Palast-Theater! S242
Fern Andra in Genuine
 5-Akter 1. Film der neuen Serie 1920/21! 5-Akter!
Keck muss man sein. Lustspiel in 2 Akten.
Bar Exkasino
 C 3, 10. Teleph. 3426 C 3, 10.
 Täglich Künstlerkonzerte
 Erstkl. Küche und Weine.
 8147 Besitzer: Ludwig Schmidt.
 Irilik. Oberkellner bei Maxim u. Serenissima.

Pelzwaren-Etagengeschäft
 Kein Laden. Kein Laden.
 Eigene Kürschnerwerkstatt
 :: Lager aller Pelzwaren ::
 Neuanfertigung — Umarbeitung
 Reelle Bedienung — Billigste Preise
 M.E. Baum, R1; 14a, 2 Treppen
 Telephon 5250. *7210

Deutsche (liberale) Volkspartei
 Am Dienstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr
 findet in der Stadthalle Heidelberg (im Saalhof, Eing. IV, 1. Stock), eine
Öffentliche Volksversammlung
 Reichstagsabg. v. Kardorff
 wird über das Thema:
Was erwartet das deutsche Volk von der Deutschen Volkspartei
 sprechen.
 Jedermann willkommen.
 Eintritt: Nummerierter Platz Mk. 2.50 einchl. Einlagegebühr und Garderobe. Unnummerierter Platz Mk. 1.50 einchl. Einlagegebühr u. Garderobe. Vorverkauf der Karten findet in der Geschäftsstelle der Deutschen (lib.) Volkspartei, Hauptstraße 23. (Geb. Volk) statt. 11204

Arbeiter-Fortbildungs-Verein (E. V.)
 Montag, 11. Okt., abends 8 Uhr im groß. Saale der Liedertafel K 2, 32
öffentl. Lichtbilder-Vortrag
 des Herrn Oberbaupolizei-Schüler aus Forstbach (Württemberg) über: „Das Burgwerk“.
 Eintritt 50 Pf. und 15 Pf. Luftfahrtssteuer.
 Dienstag, 12. Okt., abends 7 Uhr
Unterrichtsstunden
 in Buchführung, Deutsch, Stenographie, Französisch und Schneiden für Schneider im K. S. Schulhaus, Zimmer 8. Anmeldung befreit. 11248
 Der Vorstand.

Weltverderben od. Welterlösung?
VORTRAG
 Sonntag, 10. d. Mts., abends 8 Uhr
 Karl Theodor, O 6, 2 Hinterhaus
 Eintritt frei. — Männer und Frauen willkommen. *7240
 Prediger Gölsler.
 Donnerstag, 14. ds. Monats ein weiterer Vortrag statt.

Die Kriegspatenschaft E.V.
 veranstaltet zu Gunsten seiner Kriegswaisen nächsten Mittwoch, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Casino-Saal einen
Märchen-Nachmittag
 mit Lichtbildern. An Stelle des z. Zt. verbliebenen Herrn Neumann-Moditz wird Frl. Leydenius vortreten. Karten à 3.50 Mark incl. Steuer sind im Teegeschäft Hoppé, N 3, 11, zu haben. 11272

Bess. Wander- u. Vergnügungs-Verein
 nimmt noch einige gebildete
Damen und Herren
 als Mitglieder auf. *7220
 Gefl. Anmeldung durch persönl. Vorstellung beim Vorstand am Dienstag, 12. Oktober 1920, abends 7—9 Uhr im Nebenzimmer des Weinrestaurant C 1, 10/11 (Kaufm. Verein).

Eilen Sie! Geldersparnis!
 Restposten
Spielwaren
 wie: Holländer (1 u. 2 Sitzer), Schiebkarren, Kinderklappstühle, Puppen, Geschirre, Bankkasten, Roulette, Mech. Artikel und vieles Andere.
 Wegen Aufgabe der Artikel zur Hälfte des heutigen Preises und darunter.
 Günstige Kaufgelegenheit für den Weihnachtstisch! *7128

Wilhelm Klusmann
 Gontardplatz 1. Tel. 2060.

Hausbrand bei Kohlennot
 Hartbrennholz, Buche, Eiche u. Birke
 auf Ozeulänge geschnitten
 liefern z. Preise von Mk. 12.— p. Ztr. ab Nähe Köst. 11016
Jos. Schiffgens & Co., G. m. b. H.
 Köln-Lindenthal.

Storz Weinstuben
 G. 7. 31. Jungbusch
 Gute Weine berühmte Küche
 Tel. 692

Zahnpraxis-Eröffnung
Albert Sieberling
 Nach langjähriger Assistenten-Tätigkeit bei hervorragenden Dentisten Deutschlands habe ich heute im Hause B1534
 ~ M 2, 9 ~
 ein
Zahn-Atelier
 eröffnet u. empfehle mich in Anfertigung von
künstlichen Zähnen SPEZIALITÄT: Goldkronen und Brücken zähne
 prima Material, Garantie für naturgetreues Aussehen und Haltbarkeit.
Umarbeiten Zahnzahnen mit den modernsten Befestigungsmitteln, speziell für Herz- und Nervenleidende.
Reparaturen Plombieren in wenigen Stunden fertig. in Gold, Emaille, Amalgam und Zement
 Freundliche, schonende u. billigste Behandlung. Konsultationen nebst Auskunft ohne Verbindlichkeit kostenlos.

Wilhelm Maier vorm. Ehr. Rascher
 Flaschenbier-Versandgeschäft!
 Tel. 3068 Mannheim Gr. Merzstr. 27a
 empfiehlt sich zur Lieferung von Flaschenbieren
Spezialität: Ia. Durlacher-Rot-Vollbier
 hell und dunkel, wieder in früherer vorzüglicher Qualität, denn erstklass. Münder u. Kulmbacher Bier
 Als Fachmann, bisher Oberbrauer der Bierbrauerei Durlach-Hof, bürgere ich für peinlichste Sauberkeit und aufmerksame Bedienung; jeder Auftrag sofort ins Haus. Beste Bezugsquelle für Private und Restaurants. *7236

FLACH
Tischstühle
S. GUTMANN
 Kreuzstraße D 5, 4 gegenüber 2 Treppen

Albert Hilbert, Rastatt
 Süddeutsche Bekleidungs-Industrie
Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Zweigniederlassung Ludwigshafen a. Rh.
 Bismarckstrasse 40
Uniformen für Staats- u. Gem.-Polizei
„Ahriba“ für Bahn- u. Postbeamte
 für Feuerwehrkorps
 für Sanitätskolonnen
 für Forstbeamte S197
 Eigene Abteilung für Arbeits- und Berufskleidung

Drucksachen Industrie
 für die gesamte Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2

Mannheim E239
zur Messe Tom Jack

Der Eiskönig
 ein saltsamer Mensch, ein interessanter Künstler mit schönem Haar und roten Augen.
1000 Mark
 zahlt Tom Jack demjenigen, der das Gleiche leistet! Befreiung aus der Todestafel!

Hertha-Sportplatz Collinstraße
 Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr
Entscheidungsspiel um die Führung
 Hertha I. — Lindenhof O 8 I.

Trefftag der Mannheimer Warenbörse
 jed. Dienstag v. 11—1 Uhr im Börsengebäude.
 Alle ehrbaren Kaufleute, gleichviel welchen Geschäftszweiges, sind eingeladen. E47

Pelze
 in reichster Auswahl
 Billigste Preise
Pelzhaus Seligmann
 O 4, 17. 10764

Ein Protest der Schreibmaschinendiebe
 wird nicht erfolgen, auch wenn diese Zunft brotlos wird, nach Anwendung unseres
Spezialverfahrens gegen Schreibmaschinendiebstähle
 D. R. G. M. 5132 D. R. - P. a.
 Überall glänzend begutachtet und empfohlen.
W. Neid jr., Mannheim
 D 4, 16. Tel. 7696.

Treppen-Licht-Schaltuhren
 vollständig autom., sofort lieferbar S135
 Reparaturen aller Systeme
C. Fischel, Mannheim
 L. 8, 5 Fernruf 7363

Schreibmaschinen u. Registrirkassen in Bestandhaltung
 reparieren unter Garantie
Reif & Wicht, N 4, 10
 Telephon 7720 G250
 Moderne Büro-Einrichtungen.

Läuse-Plage
 auch Flöhe (Brut (Nissen) bei Menschen u. Tier, m. meinem pat. gef. Mittel „Ectoba“, Wunden u. Haare ungesch. herstell. Erste Weltb. Angewandte-Verf.-Anstalt Offen. Zu haben b. d. Herren: Mannheim: A. Ziemer, Schweringerstraße 175 und Gustav-Egeling, Tatterfallstraße 4. S140
 Geschäftsgewandt
junge Dame
 möchte sich mit einem größeren Betrage an bestehendem Geschäft zu beteiligen oder solches ganz zu übernehmen. Angebote unter T. J. 59 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7221